

Betreff: Sitzungen am 10.01.2018

Sehr geehrte Frau Ungethuen-Ancker,
Sehr geehrter Herr Mau,
Sehr geehrter Herr Ramge,

im folgenden beziehe ich mich auf den §16 e der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein und möchte dieses Schreiben als Beschwerde in Bezug auf Umgang mit Beschlüssen und Haushaltsgeldern (§8 GOS-H) behandelt wissen. Im Näheren bitte ich um Erklärung und Transparenz untenstehender Entscheidungen aufgrund der Rechtslage des Landes Schleswig-Holstein in Zusammenhang mit §8 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein Verpflichtung zu Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Sowie der Aufgabenerfüllung des Bgm. Herr Traulsen. Zur Sachlage:

Im März 2017 wird unter TOP 15 untenstehender Beschluss gefasst.

Tagesordnungspunkt 15.

Neubau Feuerwehrgerätehaus Kappeln, Gerichtsstraße / Schanze Vorlage: 2017/046

Der Hauptausschuss empfiehlt / der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt / die Stadtvertretung beschließt den Abbruch der bestehenden Feuerwehrgebäude Kappeln in der Gerichtsstraße/Schanze mit anschließendem Neubau.

Die zu erwartenden Kosten in Höhe von 675.000 € sind im Haushalt bereit zu stellen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, hierfür Fördermittel beim Land zu beantragen.

Vor einer endgültigen Auftragserteilung an Architekt, bzw. Bauunternehmen ist eine detail-lierte Beschlussvorlage in den BPA und den Hauptausschuss einzubringen.

Im Juli 2017 wird ein weiterer Beschluss gefasst:

Tagesordnungspunkt 17.

Neubau Feuerwehrgerätehaus Kappeln, Gerichtsstraße / Schanze Vorlage: 2017/046/1

Die Stadtvertretung beschließt:

Ergänzend zum Beschluss vom März 2017 über den Abbruch der bestehenden Feuerwehrgebäude Kappeln in der Gerichtsstraße/Schanze mit anschließendem Neubau und die zu erwartenden Kosten in Höhe von 675.000 €

ist die Sonderbedarfszuweisung in Höhe von 315.000 € abzurufen und ebenfalls im Haushalt bereit zu stellen.

Es ist ein Architekt zur Hochbauplanung zu benennen und die detaillierte Kostenermittlung in Auftrag zu geben. Ferner soll eine Projektlenkungsgruppe (PLG), bestehend aus Mitgliedern der Politik, Verwaltung, Feuerwehr und dem Planer, das Bauvorhaben begleiten.

Dann wird plötzlich eine Sitzung von Stadtvertretern/Hauptausschuss/Bauausschuss am 10.01.2018 einberufen. Alle drei Ausschusssitzungen zum gleichen Termin. Grund: Die 675.000.-€ reichen nicht. 45.000.-€ müssen noch obendrauf.

8.

Neubau Feuerwehr Kappeln Ecke Gerichtsstraße/ Schanze;

hier: überplanmäßige Mehrkosten Vorlage: 2018/004

Wir haben hier zwei Beschlüsse (März/Juli) und einen der beschlossen werden soll am 10.01.2018. Die detaillierte Kostenberechnung ist vom 20.12.2017 (siehe dort). Der Beschluss vom Juli '17 umfasst lediglich einen Architekten zur Hochbauplanung zu benennen und die detaillierte Kostenberechnung in Auftrag zu geben. Er ist, wie im Beschluss steht, ergänzend, nicht aufhebend, zum Beschluss vom März 2017 zu sehen. In diesem steht:

Vor einer endgültigen Auftragserteilung an Architekt, bzw. Bauunternehmen ist eine detail-lierte Beschlussvorlage in den BPA und den Hauptausschuss einzubringen. Wann soll dies geschehen sein? Ich finde keine weiteren Beschlüsse dahingehend.

Desweiteren sehe ich, dass der Bürgermeister schon eine Baugrunderkundung in Auftrag gegeben hat, bzw. ein Angebot eingeholt hat. Auf welcher Grundlage? Ich finde dafür keinen Beschluss durch die verantwortlichen Stadträte. War das mit ihnen besprochen? Was ist mit der Transparenz für den Bürger?

Es geht sogar soweit, dass jetzt am 10.01.2018 ein Beschluss gefasst werden soll über 45.000.-€ Mehrkosten. Wie kann das sein? Der Auftrag an den Bgm. lautete doch lediglich einen Architekten zu

benennen und die detaillierte Kostenberechnung in Auftrag zu geben. Alle weiteren Dinge, wie Honorarverträge vorbehaltlich abzuschliessen, einen zweiten Architekten (Hollenberg) ins Boot zu holen, finde ich in keinem Beschluss der Stadträte. Erklären sie mir das Bitte. Die Aussage des Bürgermeisters, das Rathaus sei überlastet, ersetzt keinen Beschluss, dass er noch Andere ins Boot holt.

Sicher erinnern sie sich alle noch an die umstrittene Sache am Neumarkt (Parkplätze, 30.000.-€). Ich glaube man kann sagen, den Medienberichten zu Folge, dass die Bürger erbost waren.

Meiner Meinung nach, sollten wir alle im Sinne Kappels erneute Unzufriedenheiten und unnötige Kosten verhindern. Auf Ihre Antwort wartend, verbleibe ich,
mit freundlichen Grüßen